

Erchein:
an allen Verlagen.
Bezugspreis:
in der Verlagsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt 275.—
ins Ausland 30 deutsche Mark.
Fernsprecher: 4245, 2275.
8110, 3249.
Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Berlin.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis:
1. b. Grundstiftung im
Angebotteil innerhalb
Polens 40.—
Reklameteil 120.—
Für Aufträge aus
Deutschland 3.50 M.
im Reklameteil 10.—
in deutscher Mark.

Telegraphendruck:
Tageblatt Posna.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 300 283 in Poznań

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Auslieferung hat der Bezugsnehmer seinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Tabakmonopol und Arbeiterschaft.

Der Frage des Tabakmonopols ist ein Aufsatz in Nr. 36 der „Pravda“ gewidmet. Der Verfasser des Aufsatzes prüft die gegen die Einführung des Monopols vorgebrachten Gründe und bestreitet die Richtigkeit der dabei angeführten Tatsachen. Daß er dabei so freundlich ist, von „verbrecherischen Lügen zu sprechen“, macht seine Ausführungen nicht überzeugender. Er spricht auch davon, welche Einführung des Monopols auf die Lage der Arbeiterschaft haben könnte, und hält die in dieser Beziehung geäußerten Bedenken für unzureichend. Als Beispiel führt er die Tabakarbeiter in den Monopolfabriken Galiziens an. Wie sieht es damit?

Abgesehen von der wirtschaftlichen Lage dieser Monopolarbeiter, die nachweislich so schlecht bezahlt wurden, daß viele von ihnen mit ihren Familien nach Deutschland flüchteten, um nicht zu verhungern, und dort Arbeit suchten und fanden (wobei infolge der Anknüpfung der galizischen Arbeiter die Löhne gedrückt und die Unzufriedenheit in Deutschland verstärkt wurde), ist ihre starke Abhängigkeit von den Monopoldirektoren zu bedenken, die zu ganz anderen Folgen führt als die Abhängigkeit eines Arbeiters, der in einer Privatfabrik arbeitet. Kommt z. B. ein Arbeiter in einer Monopolfabrik mit der Leitung in Konflikt, so wird er entlassen oder er muß sich auf Gnade und Ungnade ergeben. In Galizien liegen die Dinge so, daß er in keiner anderen dortigen Zigarrenfabrik unterkommen kann, weil die nächste Monopolfabrik meilenweit von dem Wohnort seiner Familien entfernt liegt und er als Familienernährer nicht an einem anderen Ort wohnen kann als seine Familie. Außerdem ist es fraglich, ob eine andere Monopolfabrik ihn in Arbeit nehmen würde. Anders dagegen der Arbeiter in der freien Fabrik. Ist er mit der Leitung, dem Meister, unzufrieden, hat er seiner Ansicht nach Berechtigung, dies zu sein, so steht es ihm jederzeit frei, seine bisherige Arbeitstätigkeit aufzugeben, um in einer Konkurrenzfabrik mißloses Arbeit zu finden. Monopole bedeuten zweifellos Unterdrückung der freien Willensäußerung des einzelnen Arbeiters.

Was hat die Monopolverwaltung in Galizien getan als angeblicher Arbeiterfreund? Nichts! Jahrzehntlang war die Zigarrenfabrikation Galiziens geschlossen, die Arbeiter und Arbeiterinnen waren brotlos. Und welche Unterstützung erhielten sie? Weiß das der Verfasser des „Pravda“-Aufsatzes? In Großpolen und Pommerellen zahlen führende Firmen seit Jahrzehnten freiwillig alten, treu gedienten Arbeitern und Arbeiterinnen Ruhegehälter, und die hier üblichen Wohlfahrts-einrichtungen sowohl von privater Seite als auch die von preussischer Seite übernommene Arbeitergeheimkasse überragen bei weitem den in Galizien bestehenden Arbeiterklub, soweit er überhaupt vorhanden ist. In den Monopolfabriken klammert sich kein Mensch um die Erhaltung der Arbeiter, sie gelten als Nummern in einem solchen Betriebe. Die sich angeblich im Monopollande in Liquidation befindende Krankenkasse ist ein Beweis für die Bankrotterklärung dieser Einrichtung. Himmelhoch erhaben sind die sozialen Einrichtungen im ehemaligen preussischen Gebiet, wo es kein Monopol gab, gegen die unsozialen Verhältnisse in den Monopolfabriken. Wieviele pensionierte Arbeiter und Arbeiterinnen hat denn die Monopolverwaltung in Galizien und welche fürstliche Pension erhalten diese? Hiesige industrielle Vertreter des Tabakgewerbes vergüten nicht nur einen Teil der Rechnung des Arztes, da die Arbeiter in den meisten Fällen nicht den Krankentassenarzt in Anspruch nehmen, sondern stellen den Leuten auch noch größere Beträge zur Verfügung, um so die Möglichkeit zu schaffen, den Erkrankten eine bessere Verpflegung zur Wiederherstellung der Gesundheit angedeihen zu lassen. Was tut die Monopolverwaltung auf diesem Gebiete? — Nichts tut sie in sozialer Beziehung!

In der freien Tabakindustrie werden vorkommende Disziplinen stets wohlwollend vom Arbeitgeber, unter Vermittlung des unparteiischen Meisters, zur vollen Zufriedenheit beigelegt, noch niemals sind sie Ursache zu einem Streit geworden. Es herrscht ein vorzügliches Einvernehmen zwischen beiden Teilen. In den Tabakmonopolfabriken stehen sich Beamte und Arbeiter als Fremde gegenüber.

So muß auch in dieser Beziehung das Monopol bekämpft werden. Die freie Zigarrenindustrie hat die Möglichkeit ihre Fabrikation zu vergrößern und an Orten, wo noch keine Zigarrenfabriken bestehen, solche zum Wohle der Kommunen und des Staates zu gründen. Überall, wo derartige Zigarrenfabriken bestehen, herrscht Wohlstand und dementsprechend verminderte Armenlast. Die Einführung des Monopols würde die Zahl der Arbeitsgelegenheiten vermindern, die Zahl der Arbeitslosen vermehren, die Lage der Tabakarbeiter verschlechtern, ihre Freizügigkeit einschränken. Das Monopol würde einen Kulturrückschritt bedeuten.

Die Oberschlesien-Verhandlungen in Genf.

Genf, 21. Februar. Die Unterhandlungen haben ihre Arbeiten immer noch nicht beendet. Deshalb mußte die Vollendung der Kommission ausgesetzt werden. Die Unterhandlungen redigieren gegenwärtig die Gesamtbeurteilung und zwar in französischer Sprache.

Ueberleitung des Rechtszustandes in Oberschlesien.

Der Deutsche Reichstag hat einen Gesetzentwurf zur Ueberleitung des Rechtszustandes in Oberschlesien angenommen. Der Entwurf ermächtigt die Regierung, im Verordnungswege diejenigen Maßnahmen zu treffen, die zur Ueberleitung des Rechtszustandes erforderlich sind, sobald die Verwaltung von den deutschen Behörden wieder aufgenommen wird.

Vertagung der Konferenz von Genua.

Berlin, 21. Februar. Der deutschen Regierung ist die amtliche Mitteilung zugegangen, daß die Genuaer Konferenz vertagt worden ist.

Der politische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt in ministeriellen Londoner Kreisen werde jetzt anerkannt, daß die Genuaer Konferenz ebenso wie die Vorkonferenz der Sachverständigen wegen des Sturzes der Regierung von Rom verschoben werden müsse. Bedauerlich sei auch, daß die Pariser Konferenz über die Frage des nahen Ostens aus demselben Grunde hinausgeschoben werden müsse. Die britische Regierung hoffe jedoch, daß keine allzu große Verzögerung eintreten werde.

Im Gegensatz dazu meldet Reuters aus amtlicher Quelle, daß weder Italien noch England etwas von einer Vertagung der Konferenz in Genua wissen. Lloyd George ist darauf vorbereitet, am 8. März auf der Konferenz zu erscheinen. Er hat im Unterhaus erklärt, daß der Termin der Konferenz bisher nicht geändert worden ist.

Englisch-russische Aussprache.

London, 21. Februar. Im Unterhaus hat der Vertreter der Regierung erklärt, daß es keinen Zweck hätte, jetzt den Inhalt der Notizen anzugeben, welche zwischen der englischen und der russischen Regierung ausgetauscht worden seien, weil auf der Konferenz in Genua die Gelegenheit einer besseren Verständigung zwischen England und Rußland in allen lebenswichtigen Fragen geboten wird.

Eine Warnung an Frankreich.

Paris, 21. Februar. (Tel.-N.) Die Liga für Menschenrechte hat am Sonnabend zu Ehren von Anatole France, dem diesjährigen Nobelpreisträger, ein Festmahl gegeben. Die Begrüßungsansprache erwiderte der Gefeierter in einer Rede, in der er sich gegen den Krieg wandte und an das französische Volk die Mahnung zum Frieden richtete. Durch Gewalt werde man nichts erreichen. Bis jetzt hätte Frankreich nichts mit dem Frieden anzufangen gewußt. Gewiß müßte es die schuldigen Reparationen verlangen und erhalten. Aber es dürfe sich nicht mit einem gefährlichen Zwange von einer einzelnen Nation verlangen, sondern von allen Staaten der Welt. Denn es würden Summen gefordert, die nicht aufgebracht werden könnten. „Ich rufe“, so schloß Anatole France, „den Franzosen zu: Hört nicht, sondern sucht zu verstehen! Das Elend, das wir noch nicht an uns spüren, umgibt uns von allen Seiten, nähert sich und bedroht uns. Um sein Vordringen aufzuhalten, gibt es nur ein Mittel, den wirklichen Frieden, nicht den, der in hochfliegenden Verträgen auf bloßem Papier steht, sondern den Frieden, der in den Herzen lebt und Europa wieder aufbauen kann. Wenn wir die erste Nation der Welt sein wollen, dann seien wir durch unsere Vernunft, unsere Einsicht und unser Verständnis dessen, was möglich ist und was gut ist, nach dem schönen Wort Goethes gute Europäer.“

Anatole France verlangte u. a. die Revision der Prozesse Dreyfus und Caillaux, die Begnadigung Goldschids sowie der französischen Matrosen Marti und Babini und anderer, die 1918 auf französischen Kriegsschiffen vor Odesa gemeutert hatten und seither sich im Kerker befinden. Anatole France ging aber noch weiter und revidierte die gegenwärtigen diplomatischen Methoden. Er verlangte den „Kampf gegen den Krieg“, gegen dieses „mit Verbrechen geschwängerte Ungeheuer“. Er sagte dabei u. a.:

Unsere diplomatischen Methoden sind seit 1918 nicht anders geworden. Es ist immer noch das „Geheimnis des Fürsten“, der regiert. Dieses Geheimnis verhält heute unsere Außenpolitik mit dunklen Wolken als je, wodurch die liberalen Leute lebhaft beunruhigt werden. Aber diese Leute sind in der Minderzahl und das ganze Land geht gehorft dahin, wohin man es führt. Das Land weiß von nichts. Die ganze Presse geht heute, wie während der Zeit, da der Feind einen Teil unseres Gebietes besetzt hatte, aus dem Ministerium des Communiqué des Tages holen und unterbreitet ihre Blätter dem Bismarck der Zensur. Eine unintelligente Kammer läßt die Regierung ihre führung- und unterstützungslose Gewaltspolitik treiben. Diese Gewalt ist mitunter sehr schwach. Wir haben ja gesehen, wie ohnmächtig die Mut unserer Regierung gegenüber Sowjetrußland ist.

Mit Schmerz muß man sehen, daß der Geist des Krieges den Krieg überlebt. Die Gewalt erreicht aber nichts, wenn sie gegen die Natur der Dinge wirken will. Die Zeiten der Siege sind vorbei. Der Weltkrieg hat Europa erschöpft. Er hat auf den Ruinen der Staaten Privatvermögen angehäuft, die aber auch schon im Zusammenbruch des allgemeinen Vermögens untergehen verdienen. Mit meinen sozialistischen und kommunistischen Freunden kann man sich fragen, ob nicht das Ende der kapitalistischen Herrschaft kommt. Die Geschichte zeigt uns, daß der Krieg derart erstaunliche Umwandlungen fertig bringt.

Die italienische Kabinettskrise.

Rom, 21. Februar. (Telunion.) Es ist noch immer vollkommen ungewiß, wer die Bildung des neuen Kabinetts übernehmen soll und will. Die meisten Namen, die schon nach dem ersten Sturz Bonomis genannt wurden, stehen auch jetzt wieder als Kandidaten auf der Liste. Der König empfing Bissolati, de Nicola, Salandra und Orlando. Die Kammer hat sich zunächst vertagt, bis es gelungen ist, ein neues Kabinett zusammenzubringen.

Ein Kabinett Orlando?

Wien, 21. Februar. Das Neue Wiener Tageblatt meldet aus Rom, daß der Präsident der Kammer del Nicola die Mission der Neubildung des Kabinetts nicht angenommen hat. Zuvorbehalten hat der König Orlando damit beauftragt. Es bricht die Überzeugung vor, daß es dem letzteren gelingen wird, die Neubildung des Kabinetts durchzuführen.

Vor einer Revolution in Portugal.

Paris, 21. Februar. „Temps“ meldet aus Lissabon auf Grund von amtlichen Mitteilungen, daß der Ministerrat sich im Hauptquartier des Fortificationslagers versammelt wird, weil die Regierung von neuem bedroht ist. Militär und Polizei stehen in den Kasernen bereit. Zu Unruhe ist es bisher nicht gekommen, nur ist das Straßensicherheitspersonal in den Streit getreten.

Paris, 21. Februar. Blätter melden aus Madrid, daß unmitttelbare Nachrichten aus Lissabon bisher immer noch fehlen. Nachrichten von der Grenze zufolge haben sich der Präsident der Republik und der Ministerpräsident in die Festung Sagra geflüchtet. Es ist der Befehl gegeben worden, bedeutende Militärabteilungen in der Nähe von Lissabon zu konzentrieren. Heute ist im ganzen Lande der Generalstreik proklamiert worden.

Sejm.

Sitzung vom 21. Februar 1922.

Warschau, 22. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hielt der Marschall auf der heutigen Sitzung folgende Rede:

Meine geehrten Herren! (Die Abgeordneten erheben sich.) Aus Wilna kommt die Freudenbotschaft, daß der Wilnaer Sejm auf der gestrigen feierlichen Sitzung das Wilnaer Land ohne Bedingungen und ohne Vorbehalte als einen untrennbaren Teil Polens anerkannt und Polen das alleinige Recht der staatlichen Oberherrschaft über das Wilnaer Gebiet zuerkannt hat. (Abg. Gdyl: „Es lebe Wilna!“) Seitmittliches Beifallsklatschen in der ganzen Kammer.) Wir hegen die Hoffnung, daß wir nicht lange nach der so mellen Eingliederung des Wilnaer Gebietes in Polen in diesem Räume seine Vertreter sehen, und daß wir dann persönlich die Gelegenheit haben werden, unseren Brüdern die Grüße zu übermitteln, welche wir in unseren Herzen für sie hegen. Doch schon heute müssen wir den Brüdern im Wilnaer Gebiet gegenüber die unsterblichen Worte unserer Vorfahren wiederholen, die in dem Unionsakt in Horodie zum Ausdruck kommen: Wir geloben feierlich, sie in keiner Gefahr im Stich zu lassen, sondern ihnen in jeder Lage mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, sie gegen jede feindliche Maßnahme zu schützen. (Brausendes Beifallsklatschen und Bravo's.)

In der Diskussion über das Gesetz von den Rechten und Pflichten der polnischen Offiziere hielt Abg. Anus (Poln. Volkspartei) fest, daß das Gesetz gerade die Antifunktion der Pragmatik ist. Der Redner beantragte Annahme des Gesetzes.

Abg. Starbel (Nat. Volksverband) ist der Meinung, daß das Gesetz mehr Unwillen als Befriedigung hervorruft. Besonders erscheint dem Redner der Termin, welcher für die Begleitung aller einmündigen Stellen festgelegt ist, als nicht normal. Der Redner schlägt eine Reihe von Verbesserungen vor und endigt mit der Erklärung, daß seine Partei für das Gesetz stimmen wird, weil sie davon überzeugt ist, daß die gesetzliche Regelung der Rechte und Pflichten der Offiziere unbedingt erforderlich ist.

Kriegsminister Sosnkowski behauptet in seiner Antwort auf die Ausführungen des Abg. Starbel, daß die Begleitung von einer Begünstigung gewisser Art nicht der Wahrheit entspricht.

Es folgten die Dringlichkeitsanträge über die Festsetzung des Termins für die Neuwahlen des Sejms.

Abg. Boniatowski (Wyzwolenie) appelliert an die Parteien, welche sich der Auflösung des Sejms widersetzen, sie sollten doch das Interesse der Parteien und die Rücksichten darauf, daß sie zu den neuen Wahlen nicht vorbereitet sind, nicht höher als das staatliche Interesse stellen und schlägt als Termin für die Neuwahlen den 25. Juni vor.

Abg. Stabinski (Nat. Volksverband) spricht sich im Namen seiner Partei für denselben Zeitpunkt aus und stützt sich dabei auf staatsrechtliche Rücksichten.

Abg. Chodzinski (Nat. Arbeiterpartei) erachtet den 25. Juni als durchaus möglich und für den Beschluß der Sejm über die Wahlordnung das Reglement des Sejms und den Staatshaushalt für ausreichend.

Abg. Starbel betont, daß die polnische Volkspartei, weil es ihr zweifelhaft erscheint, daß die Neuwahlen wirklich am 25. Juni werden stattfinden können, gegen die Festsetzung dieses Termins stimmen wird. Der Redner stellt folgende Anträge: 1. Nach Erledigung der Sejm, welche die Ausschreibung der Wahlen bedingen, und der Sejm, die für den Staat unbedingt erforderlich sind, wird der Sejm sofort seine Arbeiten beenden, um die schnellste Durchführung der Neuwahlen durchzuführen zu können, jedoch kann die Beendigung der Sejmarbeiten nicht später als vor den Sommerferien erfolgen. 2. Der Sejm ersucht den Reglementausschuß, im Laufe einer Woche einen das Reglement der Beratungen ändernden Entwurf vorzulegen, um die Arbeiten sowohl in den Ausschüssen, wie auch im Plenum schneller und intensiver zu gestalten. 3. Der Sejm ruft die Regierung auf, alle in ihrem Tätigkeitsbereich liegenden Vorbereitungen zu treffen, um bei Verkündung der Wahlen den Wahlapparat schnell in Bewegung setzen zu können.

Abg. Stulski (Nat. Volksvereinigung) bringt einen Antrag ein, der in zwei Punkten mit den Anträgen der Poln. Volkspartei übereinstimmt. Außerdem geht es ihm um Festsetzung eines übereinstimmenden konkreten Zeitpunktes, und deshalb schlägt er folgendes vor: Der Sejm fordert die Regierung auf, Vorbereitungen für die Neuwahlen zum gesetzgebenden Sejm, welche am 1. Oktober stattfinden sollen, zu treffen.

Abg. Lieberman (Soz. Partei) stellt den Antrag, welcher dahin geht, die Neuwahlen noch vor den Sommerferien durchzuführen.

Abg. Czerniewski (Nat.-chrstl. Arbeiterklub) erklärt sich für den 25. Juni und erachtet ihn als möglich, wenn nur der Sejm den guten Willen hat, sich mit seinen Arbeiten zu beeilen.

Abg. Geistlicher Maciejewski (Bürgervereinigung) erklärt, daß man intensiv arbeiten und sogar die Sonnabende und Sonntage der Arbeit widmen müsse, um der Allgemeinheit unseren guten Willen zu beweisen.

Abg. Sobolewski (Nat.-chrstl. Arbeiterpartei) gibt bekannt, daß seine Partei für den 25. Juni stimmen wird, und falls dieser Antrag keine Mehrheit erlangen sollte, für jeden anderen konkreten Termin.

Abg. Stapiński (Poln. Volkspartei, Linke) spricht sich für den 25. Juni aus.

Abg. Thon (Füd. Partei) erachtet es als unwürdig, wenn der Sejm Dinge beschließt, die er nicht durchführen kann.

Abg. Federowicz (Klub der konstit. Arbeit) teilt im Namen seiner Partei mit, daß er für einen Termin vor den Sommerferien ist, jedoch den 25. Juni als undurchführbar erachtet.

Abg. Matakiwicz (Kath. Volksvereinigung) spricht sich in demselben Sinne aus.

Dann folgte die Abstimmung. Es wurden die Anträge des Nationalen Volksverbandes, der Arbeiterpartei und der Polnischen Volkspartei (Wyzwolenie und Linke) bezüglich des 25. Juni abgelehnt, und zwar mit 118 gegen 96 Stimmen. Für den Antrag Lieberman erklärten sich 104 Abgeordnete, 73 dagegen. Endlich wurden die Anträge der Polnischen Volkspartei, welche von dem Abgeordneten Rataj gestellt worden waren, angenommen. Nächste Sitzung am Freitag, 4 Uhr nachmittags.

Also wieder Aufschub der Neuwahlen.

Die Angelegenheit der Beschleunigung der Neuwahlen wurde auf der gestrigen Sejmung wiederum verschoben. Der Antrag des Nationalen Volksverbandes und anderer Parteigruppen, als Termine für die Neuwahlen den 25. Juni festzusetzen, ist infolge der Opposition der Polnischen sozialistischen Partei, der Volksparteiler und der Stulski-Gruppe abgelehnt worden.

Es ist sehr bemerkenswert, daß sich für diese Angelegenheit 14 Redner eingeschrieben hatten und die Diskussion über drei Stunden dauerte. Wenn der Sejm weiter so eifrig arbeiten wird, dann wird er auch nicht einmal nach zwei Jahren seine Arbeiten beendet haben. Eine der Hauptursachen dafür, daß die Lebensdauer des Sejms in seiner jetzigen Zusammenfassung noch weiter ausgedehnt wird, ist zweifellos die Gesprächigkeit der Abgeordneten.

Das Wilnaer Land.

Das Gebiet, dessen Vertreter im Wilnaer Sejm sitzen, setzt sich aus zwei Teilen zusammen: aus dem sogenannten Mittellitauen und den Kreisen Brackow und Lida. Die zwei letztgenannten Kreise gehörten schon vor der Entschliessung des Wilnaer Sejms zu Polen, das eigentliche Wilnaer Gebiet dagegen (Mittellitauen) wurde ein Teil Polens auf Grund des Sejm-Beschlusses vom 20. Februar d. Js. In den statistischen Monatsheften (Jahrgang 1921, Heft 4-6) finden sich Ziffern, die das Gebiet und die Bevölkerung des Gebietes betreffen, welches Polen einverleibt wurde. Dieses Land umfaßt 13 490 Quadratkilometer (die Hälfte der Wojewodschaft Polen, die 26 000 Quadratkilometer zählt). Die Bevölkerung betrug nach der Volkszählung im Jahre 1919: 488 968. Zum Wilnaer Gebiet gehört die Stadt Wilna und Teile der Kreise Wilna, Swiecia, Trock und Olsztyn. Die Stadt Wilna zählte im Jahre 1919 128 954 Einwohner, der Teil des Wilnaer Kreises 120 362, des Kreises Swiecia 130 182, des Kreises Trock 30 636, des Kreises Olsztyn 78 834 Menschen. Wie man aus diesen Ziffern ersehen kann, betrifft die Entschliessung vom 20. Februar 1922 ein sehr großes Gebiet mit 1/2 Million Einwohnern.

Danzig, Polen und Sowjetrußland.

Danzig, 21. Februar. (Tel.-Un.) Zur bevorstehenden Errichtung einer diplomatischen Vertretung der Sowjets in Danzig schreibt das Danziger Zentrumsorgan, das „Danziger Volksblatt“: Es ist unabweisbar, daß Warschau das Exequatur an einen Russen erteilen wird, bevor Rußland seine in Riga eingegangenen Verpflichtungen erfüllt hat. Die Danziger Bevölkerung muß der Einrichtung eines bolschewistischen Konsulats in der freien Stadt mit sehr gemischten Gefühlen entgegensehen; denn wenn tatsächlich ein Russen oder gar ein jüdischer Kommunistenführer bolschewistischer Konfession würde, so wäre dadurch nicht nur eine ständige Bedrohung der inneren Ruhe und Ordnung, sondern auch eine Störung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Danzig und Polen zu befürchten. Was die Beziehungen zu unserer Nachbarrepublik Polen anbelangt, so ist es ohne weiteres klar, daß diese nur leiden müßten, da die ganze Amtstätigkeit eines bolschewistischen Vertreters in Danzig nur darauf angelegt wäre, in planmäßiger Weise künftliche Konfliktsstoffe zwischen Danzig und Polen aufzuheben und im Interesse der russischen Außenpolitik zur Explosion zu bringen. Und selbst wenn die russische Außenpolitik nichts weiter bezweckte, als hier ein Spionage- und Revolutionshollenzwerk des Bolschewismus gegen den „weißen Terror“ der Republik Polen einzurichten, müssen wir Danziger uns dringend bedanken, daß unsere Stadt zu einer solchen „Aktionszentrale“ der Weltrevolution ausgewählt werden soll. Wir wollen Frieden und Freundschaft mit unserem Nachbar Polen, nicht aber Krieg, Haß und Umsturz wie die Bolschewisten.

Ein französisch-polnisch-türkischer Vertrag?

Warschau, 21. Februar. Großes Aufsehen rief in hiesigen politischen Kreisen ein Artikel des diplomatischen Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ hervor. Er berichtet, daß Boillon, der Vertreter Frankreichs in Ankara beim Abschluß des Vertrages mit der Türkei sich nicht auf Versicherungen beschränkt habe, die er der Regierung Kemal-Paschas im Namen Frankreichs gab. Im weiteren Verlauf der Konferenz nämlich gelang es Boillon dahin zu wirken, daß in Paris unter der Aufsicht Frankreichs der Delegierte der Türkei Bekir-Sami-Bei mit hervortretenden polnischen Persönlichkeiten konferierte, um einen Vertrag mit Polen abzuschließen. Demnach wird ein besonders französisch-polnisch-türkischer Vertrag im Sinne eines Bündnisses abgeschlossen werden. Der polnisch-türkische Vertrag wird den Weg von Ankara nach Warschau öffnen. Um das zu erreichen, wird sich die Türkei um die Abtrennung der Ukraine des Kaukasus und Nordturkeistans von Rußland bemühen. Außerdem soll die türkische Regierung sich verpflichten haben, daß im Falle eines Angriffs der Bolschewisten auf Polen oder Rumänien die Regierung Angoras mit Repressalien gegen jene Gebiete auftreten werde, die sich unter russischer Herrschaft befinden; auch sind außer diesem Vertrage andere Vorbeugungsmittel vorgesehen, die entweder gegen England oder Sowjetrußland gerichtet sind. Hierzu schreibt der „Kurjer Powszeczny“: Diese Ausführungen des „Daily Telegraph“ erscheinen uns sehr übertrieben, besonders deshalb, weil sie aus interessierter Quelle stammen.

Das Geheimnis vom Brintnerhof.

Roman von Erich Ebenstein.

(Uebersetzung 1918 durch Greiner & Comp., Berlin W. 30).

(66. Fortsetzung.)

(Nachdruck unterjagt.)

Mit zitternder Hand raffte sie einen Schlafrock auf und warf ihn über. Links von ihrem Zimmer schloffen Röhren und Stubenmädchen. Die mußte man zuerst wecken, dann den Hausknecht rufen.

Aber sie kam nicht dazu. Eben, als sie in die Pantoffeln schlüpfte, ertönte draußen im Korridor ein gellender Schrei. „Mörder! Zu Hilfe! Er will auch mich ermorden!“

Es war Mareis Stimme, Frau Berta erkannte sie sofort. Dann erstarrte der Schrei in dumpfem Röcheln. Gleichzeitig wurde auch Mareis Stubentür aufgerissen, man hörte dessen zornige Stimme und das Ringen zweier Männer.

Frau Berta läutete stürmisch nach dem Hausknecht und stieg hinaus. Draußen war es dunkel. Nur ein kleines Delampchen, das während der Nacht brannte, verbreitete einen schwachen Schein, der kaum bis an das Ende des Korridors reichte, wo sich zwei Körper leuchtend am Boden wälzten.

Frau Kreibitz tastete, an allen Gliedern zitternd, nach dem Lichtschalter, und im nächsten Augenblick flammte das elektrische Licht auf.

„Um Gottes Willen — was ist? Herr March — wen?“ Frau Berta verstummte und blähte wie erstarrt auf die Szene, die sich ihren Augen bot.

March, der am Boden lag, rang keuchend gegen die Umklammerung Valentins, dessen Finger seinen Hals wie Eisenstränge umspannt hielten. In einem Winkel daneben kauerte Marei, mit den Armen ein dunkles Bündel krampfhaft an sich brügend. Von ihrer Schulter lief Blut und ihre Augen hingen in namenlosem Entsetzen an Valentin, der mit seinen mutenstellten Zügen und blutunterlaufenen Augen eher einem wilden Tiere gleich, als einem Menschen.

„Valentin — was tust Du?“ schrie Frau Berta, aus ihrer Erstarrung zu sich kommend, endlich gellend auf.

Eine Wirtschaftsis- und Finanzkonferenz in Belgrad.

Warschau, 22. Februar. (Tel.-Un.) Die polnische Regierung erhielt eine Einladung zu einer Konferenz der Finanzfachverständigen der Kleinen Entente in Fragen des Exports und der Finanzen, welche Ende Februar in Belgrad stattfinden soll. Die Beratung werden auch die kommende Genuekonferenz zum Gegenstand haben.

Entgegen anders lautenden Meldungen stellt der „Kurjer Polski“ ausdrücklich fest, daß Polen der Kleinen Entente sehr nahe steht, daß es aber trotzdem nicht zu ihr gehört.

Von der gesamten polnischen Presse zeigt sich bisher nur der den Bilsudski-Kreisen nahestehende „Kurjer Poranny“ mit den Konferenztendenzen, insbesondere mit der Belgrader Konferenz, nicht einverstanden, die, durch französischen Wunsch hervorgerufen, es voraussetzt, daß der ganze Block der von Frankreich abhängigen und mit ihm durch die und dann gehenden Staaten in Genue zu erscheinen und ein gemeinsames feierliches Programm zu vertreten habe. Der „Kurjer Poranny“ widerspricht dem zunächst durch den Vorwurf, daß Polen also offenbar trotz amtlicher Ablehnung ohne Wissen des Sejms zu kleinen Entente gehöre dann aber durch die Behauptung, daß die Politik der kleinen Entente im jetzigen Zeitpunkt nicht mehr den französischen, sondern den englischen Wünschen förderlich sei, was ein Argument dafür ist, daß man auf diese Weise Polens Zustimmung zu erreichen verusche.

Tatsächlich beruht die gegenwärtige Stellungnahme des genannten Blattes wie auch die scharfen Ausfälle gegen Venedig auf der allgemeinen Stimmung der bauerlichen und linken Partei Polens, die in der gemeinsamen Arbeit mit der zunächst gegen Ungarn gerichteten kleinen Entente eine politische Aktion gegen das Ungarnreich sehen. Außerdem aber ist das Blatt grundsätzlich gegen ein Zusammengehen mit Tschechien und besonders mit Venedig, der in der Tat bisher sich den polnischen Politikern als überlegen erweisen hat.

Anschluß der polnischen Eisenbahnen an die Berner Konvention.

Danzig, 22. Februar. (Tel.-Un.) Am 28. Juni 1919 ist in Versailles zwischen Amerika, England, Frankreich, Italien, Japan und Polen ein Vertrag abgeschlossen worden, der in Artikel 19 Polen die Verpflichtung auferlegt, sich derjenigen Anzahl von internationalen Abkommen anzuschließen, die im Anhang 1 des genannten Vertrages aufgezählt sind. Es handelt sich um die internationalen Abkommen wie Post-, Telegraphen-, Eisenbahnen-, Sanitätsabkommen usw., denen seinerzeit im Frieden auch Deutschland beigetreten war.

Nummehr teilt das polnische Eisenbahnministerium in Warschau mit, daß nach einer Nachricht aus dem Zentralamt der internationalen Transporthilfe in Bern die Eisenbahnen der Republik Polen einschließlich der Danziger Eisenbahnen am 24. Februar d. Js. der Berner Konvention angeschlossen werden.

Englisch-belgischer Vertrag.

London, 21. Februar. Die Verhandlungen mit Belgien über den englisch-belgischen Vertrag, der in Cannes angeregt wurde, dauern an. Durch diesen Vertrag verpflichtet sich Großbritannien im Falle eines direkten und unprovokierten Angriffs auf Belgien sofort mit seiner gesamten Land- und Seemacht zur Hilfe zu kommen. Der Vertrag enthält die wichtige Bestimmung, daß Belgien keinerlei Abmachungen treffen darf, die in irgend einem Sinne diesem englisch-belgischen Vertrag zuwiderlaufen. Diese Bestimmung verursacht viele Schwierigkeiten. Von belgischer Seite sieht man sie als eine Beschränkung der belgischen Hoheitsrechte an. Belgien hat bereits ein Militärabkommen mit Frankreich geschlossen. England seinerseits steht auf dem Standpunkte, daß Belgien nummehr nicht mehr ein neutrales Land in dem alten Sinne ist. Gewisse belgische Kreise verlangen, daß in den Vertrag von Versailles ein Zusatz aufgenommen wird, der das Rheinland und eine bestimmte neutrale Zone betrifft.

Die gespannte Lage in Finnland.

Helsingfors, 21. Februar. Die politische Stimmung in Finnland ist sehr gespannt. In einer großen Versammlung in Helsingfors wurde außer einer Reihe von Entschliessungen über die farelische Angelegenheit auch folgende Entschliessung gefaßt: Da es klar ist, daß Rußland für die nächste Zeit einen Abmarsch Finnlands vorbereitet, wendet sich die Versammlung an die Regierung und das Parlament mit der Aufforderung, die notwendigen Schritte einzuleiten und entsprechende Mittel zur Vergrößerung der Armee und der freiwilligen Bürgerwehr für den Fall eines Verteidigungskrieges bereitzustellen. Es wurde eine Abordnung von der Versammlung gewählt, die im Einvernehmen mit den entsprechenden Parteien des Parlaments zur Verwirklichung der gefaßten Beschlüsse und zur Einigung aller gemäßigten Parteien streben wird. Diese letzteren werden im Parlament durch 120 Stimmen bei 200 Abgeordneten vertreten sein.

Da ließ er jäh von seinem Opfer ab und starrte sie mit irrem Blick an. Ohne zu antworten erhob er sich dann, aber nur, um auf Marei zuzutreten und den Versuch zu machen, ihr das Bündel mit Gewalt zu entreißen.

„Dirne!“ zischte er dabei. „Ich werde Dir helfen, mich nachts in meinem Zimmer bestehlen zu wollen! Aber ich hatte eine Nase! Ich traute Dir ja nie! Darum tat ich absichtlich so, als wolle ich über Nacht in Neustadt bleiben — gib her, was Du gestohlen hast —“

Aber Marei umklammerte ihr Bündel nur um so fester.

„Nie,“ stammelte sie, „nie... es ist ja...“

„Was soll denn das alles bedeuten?“ mischte sich Frau Kreibitz ein. „Daß sie los, Valentin! Und Du, Marei, erkläre mir Du hierher kommst. Du warst doch nicht wirklich in meines Bruders Zimmer?“

„Natürlich war sie dort,“ fiel Valentin, ehe Marei antworten konnte ein. „Bestehlen, wollte sie mich. Aber ich habe etwas derartiges schon immer vorausgesehen und wollte sie bei der Tat ertappen. Darum blieb ich nicht in Neustadt, sondern kehrte abends heimlich zurück und versteckte mich am Boden oben. Ich wollte doch sehen, ob die Dirne es wirklich wagen würde —“

„Sie lügen!“ unterbrach ihn Marei, sich zitternd aufrichtend. „Sie wissen ganz gut, was ich suchte — wenn Sie es nicht gewußt hätten, würden Sie nicht versucht haben, mich totzuschießen und für immer stumm zu machen wie den armen alten Brintner!“

„Mareil!“ schrie Frau Berta auf und taumelte zurück. — „Was — was soll dies heißen?“

„Fragen Sie Ihren Bruder!“

Valentin war falkweiß geworden. Weder er noch die anderen waren in ihrer Aufregung gewahr geworden, daß sich allmählich verschiedene Türen geöffnet und eine Anzahl Menschen angeammelt hatten, die jäh und verstört herüberliefen.

Valentin fand endlich die Sprache wieder. Mit einer weinernden Geste sagte er: „Du siehst ja wohl, daß sie

Der Papst für den wahren Frieden.

Aus Rom wird gemeldet: Die Mitglieder des diplomatischen Korps im Vatikan haben dem Papst ihre Beglaubigungsschreiben überreicht. Der spanische Gesandte, der Donen des diplomatischen Korps, hielt eine Rede, in der er die Freude der ganzen Welt über die Wahl des Papstes ausdrückte und dessen hohe Tugenden pries. Der Papst dankte und erklärte, er nehme in besonderem Vertrauen die Wünsche für das große universelle Friedenswerk entgegen. Nichts sei notwendiger als die Schaffung eines wahren Friedens in der Welt. Der Papst erteilte sodann den apostolischen Segen.

Die erste Enzyklika des Papstes wird die Stellungnahme des Papstes zu den innerpolitischen Problemen klären. Der Papst räumt den Katholiken volle Freiheit ihres politischen Glaubensbekenntnisses ein, wenn sie es mit ihrem religiösen Gewissen vereinbaren können. Er hält jedoch ausdrücklich an dem Grundsatz fest, daß die Priester ihren Bischöfen gehorchen müssen.

Adriatic Gasparis.

Rom, 21. Februar. Es verlautet, daß der Kardinal-Staatssekretär Gaspari aus Gesundheitsrücksichten sein Amt zurückgetreten hat. Der Papst wird wahrscheinlich auf seine Stelle den Nuntius in Paris, Mgr. Ceretti berufen.

Der Vulkan Indien.

Die blutigen Unruhen in Indien verbreiten sich immer mehr, und die Lage gestaltet sich mit jedem Tage gefährlicher. Wie „Daily Mail“ aus Allahabad meldet, hat im Distrikt Gorakhpur, in der Ortschaft Gauri-Tschaura eine Bande von rebellierenden Hindus die Eisenbahnstation überfallen und die ganze Besatzung ermordet, welche sich aus zwei Unterinspektoren und 15 Konstablern zusammensetzte. Ihre Leichen wurden schändlich zugerichtet und verbrannt. Auch in anderen Ortschaften ist es zu Unruhen und Schieberien gekommen. Mahatma (der heilige) Gandhi, der Führer der indischen Nationalisten, hat am 4. Februar in vielen Bezirken den vollkommenen Boykott der englischen Behörden proklamiert. In seinem Manifest ruft Gandhi die englische Regierung vor, daß sie eine Drangsalierungspolitik treibe, daß sie das Recht mit Füßen trete, daß sie den Raub von Privateigentum zulasse usw.

Nach der Herausgabe obigen Manifestes hat sich Gandhi, wie aus Bombay der „Daily Mail“ gemeldet wird, brieflich sozusagen in Form eines Ultimatus an den Vizekönig Lord Reading gewandt, in welchem er sich bereit erklärt, den Befehl des Vizekönigs zurückzunehmen, wenn der Vizekönig binnen sieben Tagen die Freilassung der politischen Gefangenen anordnet, die Versammlungs- und Pressfreiheit wieder einführt und sich zu einer Revision seiner ganzen Politik entschließt.

Der Vizekönig antwortete mit einer scharfen Zurechtweisung und drohte mit Repressalien. Die sehr beunruhigten englischen Kreise in Indien fordern die strengsten Maßnahmen und die Verhaftung Gandhis. Gleichzeitig wünschen sie, daß sich die englische Politik den indischen Mohammedanern geneigt zeigen solle, um im Sinne des Grundsatzes „Divide et impera“ (Teile und herrsche) die Mohammedaner gegen die Hindus zu reizen. Gandhi, dessen Tätigkeit an die Tolstois erinnert, und der nicht mit dem „Schwerte“ kämpfen will, erklärt, daß er vor der Verhaftung keine Furcht habe und danach strebe, von der Fessel eines englischen „Soldier“ getroffen zu werden.

London, 21. Februar. General Rawlinson, der Oberkommandierende der englischen Truppen in Indien, hat erklärt, daß England mindestens 130 000 Mann gebrauchen wird, um in Indien die Ruhe aufrechtzuerhalten.

Politische Tagesneuigkeiten.

Das internationale Wirtschaftssyndikat. In London tritt morgen ein Organisationsausschuß des internationalen Syndikats zusammen, das aus der interalliierten Pariser industriellen Konferenz hervorgegangen ist und am 10. Januar in Cannes gegründet wurde. Dieses internationale Syndikat mit dem Zentralamt in London ist dazu bestimmt, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu unternehmen und die Inzorporation aller Nationen zu erzielen.

Englische Regierungserklärung über die Frage von Tanger. Zu der gestrigen Unterhausung hat die englische Regierung auf eine Anfrage über den Stand der Frage von Tanger folgende Erklärung abgegeben: Die englische Regierung ist seit mehreren Monaten in ständigem Verkehr mit der französischen und mit der spanischen Regierung über die Frage von Tanger. Man hofft, daß eine Dreimächte-Konferenz (England, Frankreich und Spanien) binnen kurzem in London zusammentreten wird, um die Frage zu besprechen. Die Politik der englischen Regierung geht dahin, Tanger und seine Umgebung unter eine Art internationale Verwaltung zu stellen.

verrückt ist, wie die Leute schon lange behaupten. Nimm ihr die Sachen ab, die sie gestohlen hat und lasse sie fortgeschaffen!“

Aber Frau Berta sah nun erst das Blut an Mareis Schulter und wies entsetzt darauf hin. „Du hast sie gestochen, Valentin! Wie konntest Du das tun?“

„Es war finster, und ich glaubte es erst mit einem Einbrecher zu tun zu haben!“

„Das ist nicht wahr,“ erklärte Marei, „ich trat mit der brennenden Kerze in der Hand aus meinem Zimmer, und er mußte genau, wen er vor sich hatte, denn er schlug mir die Kerze ja selbst aus der Hand. Dann stach er nach mir, wobei er sagte: „Warte, Du wirst mich trotzdem nicht verraten! Wenn Dir der alte Brintner schon so am Herzen liegt, so soll es Dir auch gehen wie ihm! Wenn Herr March nicht gekommen wäre...“

„Lüge, alles verrückte Lüge...!“

„Rein, ich lüge nicht. Sie wollten mich morden, damit ich es nicht beweisen kann, daß Sie der Mörder Brintners sind. Sie ahnten schon lange, daß ich nur in die „Sonne“ gekommen bin, um diese Beweise zu suchen. Darum haßten sie mich vom ersten Tag an und hielten Ihr Zimmer stets ängstlich verschlossen. Aber Ott hat mich nicht verlassen...“

„Sie ist wahnsinnig! Siehst Du nicht, daß sie wahnsinnig ist? Warum machst Du dieser Komödie nicht ein Ende?“ wandte sich Valentin der immer mehr Sicherheit gewinnenden, an seine Schwester, die regungslos an der Mauer lehnte und Marei unverwandt anstarrte. „Beweise!“ lachte er dann schril auf. „Ich möchte wissen, womit sie mir eine solche Albernheit beweisen könnte!“

„Damit!“ rief Marei, sich noch höher aufrichtend, laut und feierlich, indem sie ihr Bündel in die Höhe hielt. „Mit diesem Mantel, aus dem genau der Zeigstreifen samt dem Knopf fehlt, den Sie in der Mordnacht im Gebüsch verloren, als Sie Egid Lufner auswichen! Und damit! Sie hielt einen kleinen Gegenstand empor, der sich als Kompaß erwies und die Form eines Uhranhängers bejaß.“

(Fortsetzung folgt.)

Deutsches Reich

Einigung der deutschen Luftfahrerverbände. Der Deutsche Luftfahrerverband und der Vereinigte Deutsche Flugverband haben sich unter dem Namen „Deutscher Luftfahrerverband“ zusammengeschlossen.

Vierte deutsche Dünemesse. Trotz der Nachwehen des Eisenbahnverkehrs weist die vierte deutsche Dünemesse in Königsberg kaum eine Lücke auf.

Freistaat Danzig

Danzigs Finanzlage vor dem Völkerbund.

Nach hier aus Genf eingetroffenen Meldungen wird die Finanzkommission des Völkerbundes am 23. Februar in London zu einer Sitzung zusammenzutreten, um sich außer mit der Kreditaktion für Danzigs Reichsrente mit der Finanzlage der Freien Stadt Danzig zu beschäftigen.

Empfang beim polnischen Generalkommissar in Danzig. Beim Generalkommissar der Republik Polen in Danzig, Herrn Minister Plucinski, fand in den Salons des Generalkommissariats ein Empfangsabend statt, an welchem eine große Anzahl hervorragender Persönlichkeiten teilnahmen.

Wie deutsche Ansiedler behandelt werden.

Nicht zum ersten Male berichten wir an dieser Stelle über die Behandlung, die den Ansiedlern aus dem Bezirke des Landkommissars von Znoworok zu teil wird.

Bei dem polnischen Staatsbürger Herrn Ewald Beher aus Friedrichsvalde, der im Jahre 1913 eine Rentenstelle erworben hatte, bisher aber ohne Auslassung geblieben war, erschien am 9. d. Mts. ein Herr, der sich als der neue Besitzer der Ansiedlungsstelle ausgab.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Poen. 22. Februar.

Die Folgen des Tauwetters in der Großstadt Posen.

In der Ausgabe Nr. 43 des „Kurjer Poznański“ wird eine feuilletonistische Plauderei veröffentlicht, die sich in humoristisch-satirischer Form mit den gegenwärtigen unheilbaren Sauerheitszuständen des Posener Stadtbildes beschäftigt.

An die hochverehrte Stadtverordnetenversammlung! Nicht alle geehrten Väter des „Kurjer Poznański“ wissen, daß über meinem Haupt sich ein Gewitter mit Wüsten und Donner entlud.

eigene Ansicht über die Art von Ausflügen zwecks Kenntnisnahme des Landes im Winter zu haben, oder noch schlimmer, daß er es wagt, sich mit dem Jhmismus der christlichen Demokraten öffentlich zu äußern.

Ich in mir bewußt, daß sogar die Stadtverordneten von der Bürgerliste, für die ich mir so sehr den Hals ausschreie, mit Verachtung auf mich blicken werden, dafür rechne ich auf die Herren der kommunal-kommunistischen Gruppe, daß diese mich verstehen und wenn auch nicht mit einem Blumenstrauß, so doch mit duftenden und schönfarbigen Worten ehren werden.

Das Schicksal führte mich am nächsten Tage an die Warthe. Ich sah gewaltige Mengen von Fischen, die schnell mit der Strömung dahinschwammen. Da diese schweigend sind, so fragte ich einen alten Fischer, was diese Fische seien, die einer Auswanderung ähnlich sieht, bedeute!

Die polnische Musikgesellschaft. Zum Zwecke der Ausbreitung einer musikalischen Kultur in den breiten Massen des polnischen Volkes wurde vor einigen Tagen in Posen eine Gesellschaft der Musikfreunde (Towarzystwo Przyjaciół Muzyki) gegründet.

Der Familienabend des Kaufmännischen Vereins findet morgen, Donnerstag, im Logengebäude, ul. Grobla (fr. Grabenstraße) statt und beginnt pünktlich 8 Uhr abends.

Gorzno, 21. Februar. Wie pommerellische Blätter melden, ist im Angeleitete des „Słowo Pomorskie“ die Stelle eines Bürgermeisters von Gorzno ausgeschrieben.

Danzig, 22. Februar. Auf der heutigen Börse wurden amtlich notiert: Polnische Noten 5,70, Auszahlung Warschau 5,70, Dollar 220, franz. Frank 1700.

13. Quittung.

Für die Wolgadeutschenhilfe gingen ferner bei uns ein:

Sport-Verein „Wanderer“ Gnesen	21 000.— M.
Emil Majewski	500.— „
R. D.	60 000.— „
Deutscher Unterhaltungsabend in Jarocin	5 000.— „
Stadtklub in Rzeszów	1 372.— „
Bothe, Radzwin	10 000.— „
Frau Marie Fischer v. Mollard, Gora pom. Jarocin	10 000.— „
Sammlung in der Gemeinde Gieschenried, Kr. Samter:	
Rimann 1000, Henneker 1 000, Jacob 1000,	
Hefkamp 1000, Wilhelm Frey jun. 1000, Keng	
500, Kumbien 1000, Johns 1 000, Piel 1000,	
W. Frey sen. 500, Otto Frey 1000, Scheinmeyer	
500, Kopp 1000, Wido 100, Adler 1000,	
Schmidt 1000, Stelter 1000, Stembach 1000,	
Wöbe 1000, Fest 1000, Hubbe 1000, Dimege	
1000, Henne 1000, Schenk 200, zusammen	20 800.— „
Ungeannt, Kiele	20 000.— „
	148 672.— M.
Betrag der 1.—12. Quittung	1 445 967.— „
Zusammen	1 594 639.— M.

Spenden von auswärts können auf unser Postcheckkonto Nr. 200 283 in Poznań eingezahlt werden, wobei keinerlei Vorzinsen entstehen.

Poener Tageblatt

12. Empfangsbescheinigung.

Von der Sammelstelle des „Poener Tageblattes“ heute als zwölftes Ablieferung den Betrag von 281 680.50 Mark in Worten: Zweihundert-einundachtzigtausendsechshundertunddreißig Mark 50 Pfg. bar, sowie Kleidungsstücke für die Wolgadeutschenhilfe ergatten zu haben, bescheinigt hiermit mit herzlichem Dank

Poznań, den 22. Februar 1922.
Aleksander Marcinkowski 26

(ges.) Landesverband für Innere Mission in P. len.

Wer hilft weiter?

Kurze der Poener Börse.

Offizielle Kurse:	22. Februar	21. Februar
Bank Związków I.—IX. Em.	220 +	220 +
Bank Handl. Poznań I.—VIII. Em.	360 +	—
Amleci, Potocki i Sta. I.—VI. Em.	245 + A	—
Wielkopol. Bank Rolniczy	150 + A	—
R. Barczowski	180 +	180 + N
G. Cegielski I.—VII. Em.	210 +	215 + N
Centrala Stór	245 + N	260 + N
Centrala Rolnicza	200 + A	200 + A
Gurtownia Związkowa	150 + N	150 + N
Gurtownia Drogerijna	140 + N	—
Luban	1250 + N	1250 + N
Dr. Roman May	520 +	515 + N
Patia	420 +	410 + N
Pozn. Spółka Drzewna I.—IV.	660 +	630 + N
V.	—	590 +
Wytownia Chemiczna I.—II. Em.	200 +	200 + N
III. Em.	180 +	175 + N
Wielka	1350 + N	1200 + N
Wrona	265 + N	—
Wagon Orlowo	155 + N	150 + N
Wartwig Kantorowicz	515 +	510 +
Orient	205 + N	—

Auszahlung Berlin 17.60—17.62 1/2. Dollar 3875 +

Unoffizielle Kurse:

Bank Poznański	125 + N	120 + N
Bank Wzajemstowców	225 + A	230 + A
Ati	—	110 +
Drzewo Bronki	—	230 + A
Brześć: Auto	—	200 + A
Perzelski-Viktoria	310—315 + N	—
Rabel	140 +	145 + A
Wentz	510 + N	510 + N
Wytownia Maszyn Włókienniczych I.—II.	—	300 + N
IV.	—	270 + N
Sarmatia I. Em.	—	440 + N
II.	—	385 + A
Kanina	480—500 + N	—
Gurtownia Stór I. Em.	—	300 + N
II. Em.	—	250 + A
Wielkopol. Bank Rolniczy	150—160 + N	—
Wapienia, Wodogłazy	220 + A	—
Gurtownia Spółka Spółdzielcza	—	150 + N
Pneumatik	160 + A	160 + N

Unoffizielle Notierungen der Posener Getreidebörse vom 22. Februar 1922.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kgr. bei sofortiger Waggonglieferung.)

Weizen	12 000—13 500	Schmalzbohnen	10 000—12 000
Roggen	9 200	Remiamen	15 500—16 500
Braugerste	7 900—8 200	Rüben	17 000—18 000
Hafer	7 900—8 200	Obermehl	17 000—18 000
Weizenmehl 70 %	18 400—19 400	Beluschten	8 000—9 000
Roggenmehl 70 %	12 300—13 400	Seradella	13 000—15 000
Felderbien	9 500—10 500	Buchweizen	10 000—11 000
Weizenkleie	6 800	Blauwe Lupine	5 000—6 500
Roggenkleie	6 200	Gelbe Lupine	5 000—6 500
Weizen	8 000—9 000	Startoffen	30/30—34/40

Fehlende Produkte ohne Handel. Weizen- u. Roggenmehl einschl. Sack Tendenz: fest.

Posener Viehmarkt vom 22. Februar 1922.

Es wurden gezählt für 50 Kilogramm Lebendgewicht.
I. Rinder: A. Ochsen I. Sorte 9500—10 000 M., II. Sorte 7500—8500 M., III. Sorte 3500—4000 M. B. Bullen I. Sorte 9500—10 000 M., II. Sorte 7500—8500 M., III. Sorte 3500—4000 M.
C. Färsen und Kühe I. Sorte 9500—10 000 M., II. Sorte 7500 bis 8500 M., III. Sorte 3500—4000 M. D. Kälber I. Sorte 9500 bis 10 000 M., II. Sorte 7500—8000 M.
II. Schafe: I. Sorte —, II. Sorte 7000 M.
III. Schweine: I. Sorte 19 500—20 000 M., II. Sorte 18 000 bis 19 000 M., III. Sorte 15 000—16 500 M.
Der Auftrieb betrug: 264 Rinder, 375 Kälber, 85 Schafe, 1197 Schweine. Tendenz: lebhaft bei Schweinen, Rälbern und Schafen; ruhig bei Rindern. Rinder III. Klasse nicht ausverkauft.

Berliner Börzenbericht

dom 21. Februar.

Diskonto-Komm.-Anleihe	469.—	3 1/2 % Pol. Pfandbriefe	19.75
Berliner Maschinen-Fabrik	—	Polnische Noten	5.90
Schwarzkop	1200.—	Auszahlung Warschau	5.90
Hartmann Wäsch.-Aktien	951.—	Kriegsnoten	6.50
Düsseldorfer Waggonsfabrik	—	Dollar	220.—
Aktien	948.—	Englische Pfund	932.50
Schantung Eisenbahnakt.	503.—	Holländische Gulden	85.25
Neuguinea Comp.-Akt.	660.—	Schweizer Franken	427.50
R. Wolff	910.—	Danzig polnische Mark	—
4 1/2 % Pol. Pfandbriefe	20.50	Noten	—

Wetterbericht

unseres Wetterdienstberichts vom 22. Februar 1922, früh: 9 Uhr.

Ort	Vindrid in mm	Tem- pe- ratur (Cels.)	Winds- rich- tung	Wolken- bildung, in h. d. Gr.	Ort	Vindrid in mm	Tem- pe- ratur (Cels.)	Winds- rich- tung	Wolken- bildung, in h. d. Gr.
Posen	760.3	-1	SO	3	Neapel	—	—	—	—
Bromberg	761.0	-3	OSO	3	Florenz	—	—	—	—
Warschau	764.0	-3	OSO	2	Zürich	760.3	+2	NW	2
Łódź	763.2	-4	SSO	5	Paris	756.0	+5	SSW	3
Berlin	767.5	-5	SSO	3	Wien	739.5	+4	SSW	7
Danzig	—	—	—	—	Kopenh.	755.0	0	SSO	3
Hamburg	758.0	0	SSO	3	Karlsh.	755.9	-3	Windst.	0
Berlin	754.2	+3	S	3	Sodh.	759.1	-1	S	2
Belgrad	763.2	-2	SO	5	Bergen	—	—	—	—
Osn.-Pest	764.7	-2	O	2	Helzing.	761.1	-3	SW	8

Luftdruckverteilung über Europa: Ein ziemlich starkes Hochdruckgebiet mit einem Keil hohen Luftdrucks, bis zur Schweiz reichend, lagert über Ost- und Südosteuropa. Die über England stehende Depression flacht sich langsam aus, hat aber ihre Lage nicht wesentlich verändert.

Das Wetter in Posen: Bewölkt, aber heiter, relative Feuchtigkeit der Luft 87 Prozent; Schneedecke 5,7 Zentimeter; Temperatur um 12 Uhr 2,5 über 0.

Voraussichtliches Wetter für den 23. Februar: Überwiegend heiter, nachts leichter Frost, am Tage ziemlich warm, früh morgens hellenweise Nebel, schwache südöstliche bis südliche Winde.

Neu-Bestellungen

auf das

„Poener Tageblatt“

für den Monat März

werden von allen Postanstalten, unseren Agenturen, sowie in der Geschäftsstelle ul. Swierzyńska 6 entgegengenommen.

Ausschneiden!

Rückseite ausfüllen!

